

Strukturelle Voraussetzungen einer Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik

I. VORBEMERKUNGEN

Die hier folgenden Ausführungen zur inneren Verknüpfung von Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik sind ein Versuch, diese Verknüpfung von einem Element her zu bieten, das von der Sicht der Entwicklungsländer her immer mehr ins Zentrum des Blickfeldes rückt. Es handelt sich um das Problem der Arbeitslosigkeit. Mehr als in den zentralen entwickelten Ländern hat sich die Arbeitslosigkeit als das eigentliche Problem der Entwicklungsländer erwiesen. Es ergab sich, daß sich die zunehmende Verelendung in diesen Ländern nur als eine Folge der Arbeitslosigkeit verstehen läßt, und daß die politische und polizeiliche Repression immer mehr darauf gerichtet sind, die vielen Folgen der massiven Arbeitslosigkeit - in vielen Ländern schwankt die Arbeitslosigkeit um die 40% - zu unterdrücken. Von den unterentwickelten Ländern her gesehen, erscheint die Arbeitslosigkeit immer mehr als die eigentliche Bedrohung des kapitalistischen Weltsystems, ohne damit leugnen zu wollen, daß sie in den letzten Jahren auch in den zentralen, entwickelten Ländern zum zentralen Problem des Kapitalismus zu werden scheint.

Subproletariat als neue dynamische Gruppe

Dies hat auch auf den Charakter der revolutionären Bewegungen in den unterentwickelten Ländern einen entscheidenden Einfluß. Sie werden keineswegs mehr vorwiegend vom organisierten Proletariat getragen, sondern von sozialen Gruppen, die vom Status des integrierten, durch langfristige Arbeitsverhältnisse abgesicherten Proletariats ausgeschlossen sind. Die eigentliche revolutionäre Dynamik geht von städtischen und ländlichen sozialen Gruppen dieser Art aus, die häufig unter dem Namen des Subproletariats zusammengefaßt werden. Es sind Gruppen, die in äußerst prekären Arbeitsverhältnissen leben, die keine irgendwie gesicherte menschliche Existenz erlauben. Selbst die Bezeichnung als Arbeitslose ist hier ungenau, da diese Bezeichnung überwiegend langfristig gesicherte Arbeitsverhältnisse voraussetzt. Diese aber sind für die Mehrheit der Bevölkerung der unterentwickelten Länder gar nicht gegeben.

Daß dieses Subproletariat zu einer neuen dynamischen Gruppe geworden ist, hat sich in Zentralamerika insbesondere bei der Revolution der Sandinisten in Nicaragua gezeigt, in der das Subproletariat die Initiative hat und das eigentliche Proletariat nur sehr viel sporadischer teilnimmt. Ganz ähnlich liegt heute die Situation in El Salvador und Guatemala.

Diese Grundsituation hat einen Wechsel im ideologischen Ausdruck solcher revolutionärer Bewegungen geführt. Zum entscheidenden Kriterium und zur entscheidenden Forderung wird immer mehr das Lebensrecht, von dem aus die gegenwärtige Gesellschaft als eine Gesellschaft verstanden wird, die einen Großteil ihrer Mitglieder zum Tode verurteilt. Lebensrecht heißt hier natürlich auch Recht vor polizeilicher und staatlicher Willkür, wird aber vor allem als ein Recht verstanden, in einer solchen Gesellschaft zu leben, in der jeder effektiv durch eine gesicherte Arbeit seine Grundbedürfnisse befriedigen kann. Es kann kein Zweifel sein, daß diese Art Lebensrecht mit der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft unvereinbar ist und folglich seine Betonung zu revolutionären sozialistischen Bewegungen führt. Aber dennoch steht in ihrem Mittelpunkt eine radikale Reformbewegung neuer Art, die sich nicht so sehr auf die Verstaatlichung der Produktionsmittel richtet, sondern eher auf eine Wirtschaftsplanung, die dieses Lebensrecht einem Markt gegenüber durchsetzen kann, der als eine Bedrohung des Lebens gesehen wird.

Revolutionierung der Karwoche: vom Tod zum Lebensrecht

Ein so verstandenes Lebensrecht impliziert einen entsprechenden Freiheitsbegriff, dem gemäß die materielle Möglichkeit einer menschlichen Existenz die Bedingung einer freien Gesellschaft ist, gewissermaßen ihre materielle Basis, ohne die eine freie Gestaltung des Lebens nicht möglich sein kann.

Vorwiegend in Zentralamerika, aber zunehmend auch in ganz Lateinamerika mit seiner starken christlichen Tradition, hat diese spezielle Betonung des Lebensrechtes einen spezifischen religiösen Ausdruck gefunden. Die traditionelle Interpretation des Christentums in Lateinamerika ist überwiegend todesbetont, was sich insbesondere in der außerordentlichen Betonung der Karwoche und des Karfreitags in der Volksreligiosität ausdrückte. Es gibt wohl keine andere Weltregion, in der das Christentum so ausschließlich als Kreuzigungsreligion verstanden wurde wie gerade in Lateinamerika. Hier war immer die Feier der Karwoche das Zentrum der Religiosität, und die Karwoche endete am Karfreitag, sodaß das Osterfest so gut wie keine Rolle spielte. Im Grade nun, in dem Volksbewegungen entstanden, die für eine neue Gesellschaft kämpfen, die das Lebensrecht aller zu ihrer Basis hat, ergab sich eine durchaus innere Umwandlung in der zentralen Ausrichtung dieser Volksreligiosität. Insbesondere im Laufe der 70er Jahre wird immer mehr die Auferstehung als das Zentrum des Christentums erlebt und die Feier der Karwoche völlig revolutioniert. Während in der politischen Ideologie der Volksbewegungen die Polarität Leben oder Tod in den Vordergrund rückt, nimmt die Volksreligiosität diese Polarität in der Form von Auferstehung und Kreuzigung zum Zentrum. Die Auferstehung erscheint dann als Sieg über die Kreuzigung, das Leben als Sieg über den Tod, und die neue sozialistische Gesellschaft, deren materielle Basis das Lebensrecht aller ist, als Antizipation der Neuen Erde, die ja in der christlichen Tradition immer der Hoffnungshintergrund der Auferstehung war. Die folgenden Ausführungen sind ein Versuch, diese Kriterien des Lebensrechtes als Leitlinie für die Diskussion der strukturellen Voraussetzungen einer Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik zu nehmen.

II. DIE BEDEUTUNG DER ENTSCHEIDUNGSKRITERIEN

Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik setzen Aktionen für den Frieden, die Umwelt und die Entwicklung voraus. Es handelt sich um eine Tätigkeit, die gemäß Kriterien erfolgen muß. Diese Kriterien beziehen sich einerseits auf das, was für den Frieden, den Umweltschutz und die Entwicklung unterentwickelter Länder getan werden muß oder sollte. Hingegen, was getan werden kann, ist andererseits durch Kriterien bedingt. Es hängt nicht einfach von unserer subjektiven Bereitschaft oder von der Quantität der Mittel ab, die wir in dieser Richtung einsetzen können. Über diese Bereitschaft - subjektiv und objektiv - hinaus, ist das wesentliche Element die Möglichkeit, solche Politik in Richtung auf Frieden, Umwelt und Entwicklung des Entscheidungssystem, innerhalb dessen eine derartige Politik durchzusetzen ist. In diesem Sinne können und müssen wir kapitalistische und sozialistische Produktionsverhältnisse immer auch als Entscheidungssysteme auffassen, innerhalb derer bestimmte Ziele verwirklicht werden können und andere schlechthin ausscheiden, einfach deshalb, weil ihre Verwirklichung zum Konflikt mit der Existenz dieser Entscheidungssysteme - Produktionsverhältnisse - führen müssen. Entscheidungsprozesse in diesem Sinne sind eng verknüpft nicht nur mit Produktionsverhältnissen, sondern auch mit Eigentumssystemen. Sie drücken die formalen Kriterien der möglichen Aktionen aus, und schließen in ihrer Formalität bestimmte Zielsetzungen aus, wenn diese innerhalb des Entscheidungs- und Wachstumssystems nicht verwirklichbar sind.

Nun entstehen diese Entscheidungssysteme ausgehend von Entscheidungskriterien formaler Art, die im Entscheidungssystem institutionalisiert werden. So wird das von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entsprechende Entscheidungssystem vom Gewinnkriterium als formalem Entscheidungskriterium her konstituiert. Gewinnkriterium braucht dabei nicht absolute Maximierung des Gewinns zu sein. Es orientiert auf den Gewinn und wo es gilt, können Aktionen irgendwelcher Art und auf beliebige Ziele hin nur durchgeführt werden, wenn sie zumindest einen minimalen Gewinn abwerfen. Die Frage ist dann, wieweit diese Gewinnbedingungen die Zielsetzungen des Handelns, das sich am Gewinn orientiert, selbst beeinflußt und bestimmte Zielsetzungen einfach ausschließt.

Gewinnorientiert - dementsprechend Aktionen

Das Gewinnkriterium ist nicht das einzige formale Entscheidungskriterium, das ein Entscheidungssystem konstituieren kann. Das dazu konträre formale Entscheidungskriterium ist das Wachstumskriterium, das ebenfalls die Form der Wachstumsmaximierung annehmen kann, ohne dies zu müssen. Während das Gewinnkriterium an der quantitativen Größe von Unternehmensergebnissen anknüpft, knüpft das Wachstumskriterium am quantitativen Ergebnis einer Gesellschaft an. Es ist genauso formal wie das Gewinnkriterium, und ist ebenfalls ein Kriterium, das nur in Geld und Preisgrößen ausdrückbar ist. Gerade den sozialistischen Produktionsverhältnissen entspricht ein Entscheidungssystem, das durch dieses formale Wachstumskriterium konstituiert wird. Formale Gewinn- und Wachstumskriterien können die den kapitalistischen und sozialistischen Produktionsverhältnissen korrespondierenden Entscheidungssysteme in polarisierter Form beschreiben.

Dies impliziert durchaus, daß ein am Gewinnkriterium orientiertes Entscheidungssystem ganz bestimmte Wachstumsprozesse hervorbringt, und daß ein am Wachstumskriterium orientiertes Entscheidungssystem die Gewinnsituation seiner Unternehmungen berücksichtigen muß. In jedem Falle muß unser Problem sein zu fragen, wieweit politische Zielsetzungen durch diese Entscheidungssysteme selbst bedingt werden und wie diese Entscheidungssysteme insbesondere die Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik bedingen, fördern oder durchkreuzen.

III. GEWINN ALS ENTSCHEIDUNGSKRITERIUM: FOLGEN FÜR FRIEDENS-, UMWELT- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die bürgerliche Theorie und Ideologie ist heute völlig ausschließlich auf die Diskussion und Rechtfertigung des durch das Gewinnkriterium konstituierten Entscheidungssystems ausgerichtet. Dabei wird der mögliche Konflikt zwischen politischen Zielsetzungen und der Existenz des Entscheidungssystems überhaupt nicht thematisiert. Dennoch ist die Frage, wieweit eigentlich die aus der Notwendigkeit des Überlebens der Menschheit und jedes einzelnen Menschen sich ergebende Zielsetzungen der Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik mit einem am Gewinnkriterium orientierten Entscheidungssystem vereinbar sind. Sind sie es nämlich nicht, dann entsteht ein Konflikt zwischen bürgerlicher Gesellschaft und dem Überleben der Menschheit.

Widerspruch zwischen kapitalistischer Gesellschaft und dem Überleben aller...

Wenn auch die bürgerlichen Theorien solch einen Konflikt nie offen ausdrücken, so sind sie doch durch die Möglichkeit eines solchen Konflikts geprägt. Ohne den Konflikt und seine Möglichkeit zu erwähnen, ist ihr Hauptgegenstand der ständige Versuch zu beweisen, daß das Entscheidungssystem der bürgerlichen Gesellschaften die Verwirklichung keiner einzigen Zielsetzung ausschließt, daß es folglich völlig

universell ist. In dieser Tatsache ist der angesprochene Konflikt durch Abwesenheit gegenwärtig. Hierbei ist es nun entscheidend, vom Gewinnkriterium als Konstituens eines Entscheidungssystems und nicht einfach vom Gewinn auszugehen. Bei den Konflikten um die Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik geht es nicht einfach um die Gewinne, etwa bei der Friedenspolitik um die Gewinne der Rüstungsindustrie, bei der Umweltpolitik um die Gewinne der Atomindustrie, bei der Entwicklungspolitik um die Gewinne des ausländischen Kapitals in den Ländern der Dritten Welt. Zumindest geht es nicht nur darum.

...z.B. Vollbeschäftigung und Einkommensverteilung: nur Weg-Diskutieren

Will man nun diese Problematik des kapitalistischen Entscheidungssystems diskutieren, müssen wir ein Element einführen, das im Thema des Seminars gar nicht erwähnt wird: die Wirtschaftskrise als Demonstration der Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, Vollbeschäftigung und eine adäquate Einkommensverteilung durchzusetzen. Von Entscheidungssystemen her betrachtet kann eben das kapitalistische System Ziele wie Vollbeschäftigung und eine die Grundbedürfnisse respektierende Einkommensverteilung lediglich zerreden, aber nicht verwirklichen. Es ist völlig inflexibel derartigen Forderungen gegenüber. Seine Flexibilität besteht ganz einseitig darin, das eine oder das andere Produkt, die eine oder die andere Technologie herzustellen oder anwenden zu können. Was Beschäftigung und Einkommensverteilung anbetrifft, ist es das am wenigste flexible Wirtschaftssystem, das es jemals gegeben hat. Und soweit wir die Rationalität eines Wirtschaftssystems an diesen Kriterien messen, ist es auch das irrationalste und zerstörerischste System. In der Sicht bürgerlicher Theorien wird dieser totale Mangel an Flexibilität indirekt zugegeben. In der direkten Argumentation - und das gilt auch für Keynes, aber sehr viel mehr für den heutigen Neoliberalismus eines Hayek oder Friedman - wird dieser Mangel eher wegdiskutiert oder sogar als Vorzug des Systems gefeiert. Er wird vor allem durch den Neoliberalismus wegdiskutiert, indem die Arbeitslosigkeit und die sich aus ihr als der Hauptursache ergebende Verelendung gerade als Produkt des Fehlens wahrer Freiheit des Marktes ausgegeben wird. Die Arbeitslosigkeit ist dann die Folge der Beschäftigungspolitik und zu hoher Löhne, die Verelendung die Folge einer Politik der Einkommensverteilung. Einmal das Problem wegdiskutiert, folgt dann die Feier des Marktes als dem idealen Ort der Verwirklichung aller menschlichen Zielsetzungen.

Flucht in den totalen Markt

Es folgt der totale Markt: der Markt kann alles, aber man läßt ihn nicht. Würde man ihn lassen, gäbe es diese Probleme gar nicht. Gerade gegenüber Arbeitslosigkeit und Verelendung ist dann die These: mehr Markt, so wie liberale Demokraten die Probleme der Demokratie durch mehr Demokratie lösen wollen. Ist dieser Standpunkt einmal eingenommen, sodaß die Probleme, die der Markt schafft, nur durch die Schaffung eines totalen Marktes lösbar scheinen, dann verwandelt sich die Bedeutung der Frieden-, der Umwelt- und der Entwicklungspolitik völlig. Sie werden zu Störenfriedern unserer Fähigkeit, unsere Probleme zu lösen. So wie der eigentliche Grund der Arbeitslosigkeit die Vollbeschäftigungspolitik und die Gewerkschaften sind, so verwandelt sich in dieser Sicht jetzt die Friedensbewegung in ein Hindernis für den Frieden, der Umweltschutz zur Gefahr für die Umwelt, die Entwicklungspolitik weges ihres Interventionismus ein Hindernis für Entwicklung. Durch diese pseudo-dialektische Wendung ist es dieser neoliberalen Ideologie dann möglich, weit über das Bürgertum hinaus zu überzeugen. Und diese Überzeugungskraft steigt gerade in Zeiten der Wirtschaftskrisis, soweit es gelingt, sozialistische Lösungen aus dem Blickfeld zu halten.

Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitiker als Störenfriede und ...

Der Konflikt ist dann nicht mehr Arbeit und Kapital, er ist zwischen Markt als Entscheidungssystem und Störenfriede, die Utopisten, Chaoten, Subversive usw. sind. Und dieser Konflikt ist wiederum umwandelbar in einen anderen, der dann den Masseneffekt schafft, der gerade die Arbeiterklasse auf die Seite des Neoliberalismus ziehen kann: Arbeiter auf der einen Seite und Friedens-, Umwelt- und Entwicklungsbewegung auf der anderen. Dies ist jedenfalls die ideologische Pointe.

...Arbeitsplatz gefährdend

Es geht dieser bürgerlichen Ideologie darum, die Verzweiflung über den Verlust der Arbeitsplätze in Aggression gegen diese Bewegungen umzumünzen. Die Propaganda für die Gewerkschaften als "größte Bürgerinitiative" gegen die Umweltschützer und deren Bürgerinitiativen (Helmut Schmidt) ist nur zu verstehen, wenn man diesen Hintergrund präsent hat. Dieser Hintergrund erklärt, warum Initiativen gegen Rüstungsexporte, gegen Atomprojekte, gegen Waldzerstörung sich in Gefahr für Arbeitsplätze verwandeln, sodaß der Konflikt um die Arbeitslosigkeit nicht als Konflikt gegen das Entscheidungssystem ausgetragen wird, sondern als Konflikt zwischen Arbeitern und Friedens- und Umweltbewegungen, aber auch gegen Notwendigkeiten der Umstrukturierung der internationalen Arbeitsteilung. Während die Arbeitslosigkeit gerade das Indiz des Scheiterns dieses kapitalistischen Entscheidungssystems ist, kann sie zu einer Aggressionsquelle werden, die sich gerade gegen diese Bewegungen auswirkt.

Die Benachteiligten verteidigen ihr eigenes System

Allerdings setzt diese Wendung voraus, daß der Glaube an den Markt zu einer Art Gemeinsam geworden ist, d.h. die sozialistische Alternative muß a priori ausgeschlossen sein. Dies impliziert den Glauben, daß nicht der Markt als Entscheidungssystem die Ursache der Arbeitslosigkeit ist, sondern der Mangel an Markt. Die ideologische Auseinandersetzung geht daher gerade um diesen Punkt, der daher entscheidend ist für die Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Diese, wenn sie ihre Ziele erreichen will, muß gerade die Beschäftigungspolitik zu ihrer Grundlage machen. Aber die Beschäftigungspolitik auf der Grundlage anderer Produktionsverhältnisse, die von den Fesseln der blinden Anbetung des Marktes und damit der blinden Anbetung des Wirtschaftswachstums frei macht. Dies führt zu einem weiteren Punkt. Solange man die Lösung des Beschäftigungsproblems in der Ausweitung des Marktes sieht, wird man notwendigerweise mehr Beschäftigung mit mehr Wirtschaftswachstum identifizieren. Mehr Markt gilt dann als mehr Wachstum, mehr Wachstum als mehr Beschäftigung, sodaß jetzt im Namen des Wirtschaftswachstums aufs neue die Arbeiterschaft gegen ihre eigenen Interessen am Frieden, am Umweltschutz und an der Entwicklung aller mobilisiert werden kann.

III. WACHSTUMSRATE ALS ENTSCHEIDUNGSKRITERIUM: VOM STANDPUNKT DER KONKURRENZ SOZIALER SYSTEME

Wir hatten gesagt, daß das Entscheidungssystem kapitalistischer Gesellschaften durch das Gewinnkriterium konstituiert wird. Sie bringt zwar Wachstumsraten hervor, aber die Wachstumsrate ist kein Entscheidungskriterium. Will eine kapitalistische Wirtschaft Wachstumsraten erhöhen, kann sie das nur tun, indem sie die Gewinne beeinflusst und kann hoffen, daß dies auf die Wachstumsraten Einfluß haben wird. Will man sie senken, kann sie das wiederum nur über die Gewinne machen. Ein direkter Zugang zur Wachstumsrate besteht nicht, denn er setzt eine mit kapitalistischen Wirtschaften völlig unvereinbare Wirtschaftsplanung voraus.

Verlangt man daher hohe Wachstumsraten in einer kapitalistischen Wirtschaft, so ist das nur ein Euphemismus für hohe Gewinne und für die Forderung nach dem totalen Markt. Zu glauben, daß hohe Wachstumsraten das Beschäftigungsproblem lösen können, ist daher nur eine Variante des Glaubens, daß der totale Markt das Beschäftigungsproblem löst.

Beschäftigung hängt weder von Investition noch von Wachstum ab...

Die Lösung des Beschäftigungsproblems hängt weder von der Investitionshöhe, noch von der Wachstumsrate ab. Die Beschäftigung hängt von den Produktionsverhältnissen und damit von Entscheidungssystemen ab, nicht davon, welche Entscheidungen innerhalb des Entscheidungssystems gefällt werden. Investitionshöhe und Wachstumsrate - oder generell die Verfügbarkeit von Produktionsmitteln - bestimmen die durchschnittliche Arbeitsproduktivität einer Wirtschaft und damit das Durchschnittseinkommen, aber nicht die Beschäftigung. Will man also die Beschäftigung sichern, dann kann man das nur dadurch tun, daß man ein Entscheidungssystem - und damit Produktionsverhältnisse - , in dem das auch möglich ist, schafft.

...sondern von Produktionsverhältnissen

In den sozialistischen Ländern hingegen sind ausgehend von den dort herrschenden Produktionsverhältnissen Entscheidungssysteme entstanden, die eine sehr viel größere Flexibilität in bezug auf Beschäftigung und Einkommensverteilung haben, als dies in kapitalistischen Gesellschaften der Fall ist. Diese Entscheidungssysteme konstituieren sich von der Wachstumsrate als formalem Entscheidungskriterium aus, was eine globale Wirtschaftsplanung voraussetzt. Dies impliziert, daß Beschäftigung und Einkommensverteilung unter dem Gesichtspunkt der Wachstumsrate selbst zum Gegenstand der Wirtschaftsentscheidungen werden und sich nicht einfach als Konsequenz von gewinnorientierten Produktionsentscheidungen ergeben.

Beispiel: Nullwachstum

Um diese Rolle der Wachstumsorientierung zu klären, will ich nur ein Beispiel geben, nämlich das des sog. Nullwachstums. Damit eine Wirtschaft sich am Nullwachstum orientieren kann - nehmen wir einfach den theoretischen Fall -, muß diese Wirtschaft ein am Wachstumskriterium orientiertes Entscheidungssystem haben. Denn nur in einem solchen System kann man sich für ein Nullwachstum entscheiden. Ein kapitalistisches Entscheidungssystem kann das überhaupt nicht. Es kann ein Wachstum von null haben, aber das ist kein Nullwachstum. Ein Wachstum von null in der kapitalistischen Wirtschaft ist gewöhnlich ein Krisenzeichen und folglich eine Katastrophe. Es ist das, weil es als Entscheidungssystem keine Wachstumsrate bestimmen kann, also auch keine Rate von null. Denn Nullwachstum setzt Vollbeschäftigung voraus, was eben ganz bestimmte Produktionsverhältnisse zur Voraussetzung hat.

Zum Beweis der Systeme: Wachstumskonkurrenz - die Folge: Aufholpolitik

Mit dem Entstehen der sozialistischen Länder nun begann eine Konkurrenz der Systeme von dem Moment an, in dem sich die Systeme gegenseitig zumindest vorläufig in ihrer Existenz anerkennen mußten. Als friedliche Konkurrenz wurde diese Systemkonkurrenz zuerst einmal zur Wachstumskonkurrenz durch Wachstumsmaximierung. Dies insbesondere von seiten der sozialistischen Länder aus, die ja weitgehend unterentwickelte Länder waren, als sie mit der sozialistischen Transformation begannen. Selbst der Begriff des Wirtschaftswachstums und der Wachstumsrate ist ja in sozialistischen Ländern entstanden. Einholen und Überholen wurde zum Slogan dieser Politik, und die Wachstumsmaximierung war eine Überlebensfrage.

Es handelt sich hierbei um eine Wachstumskonkurrenz, die von seiten der sozialistischen Länder auf der Basis eines am Wachstumskriterium, von seiten der kapitalistischen Länder auf der Basis eines am Gewinnkriterium orientierten Entscheidungssystem durchgeföhrt wird. Qua Wachstumskonkurrenz aber hat sie Auswirkungen auf beiden Seiten, die durchaus weitgehend vergleichbar sind und die wir bei einer kurzen Analyse der Friedens-, Umwelt- und Entwicklungsproblematik verfolgen können.

Parallel dazu: Rüstungswettlauf

Die Friedenspolitik hängt eng mit dem Problem des Rüstungswettlaufs zusammen. Es kann keine Frage sein, daß der Rüstungswettlauf in ganz engem Zusammenhang steht zur Wachstumskonkurrenz. Wenn auch nicht jede Wachstumskonkurrenz auch Rüstungswettlauf sein muß, so ist sie doch eine Konkurrenz um autonome Produktionspotentiale, die immer auch Rüstungspotentiale sind. Insofern hat die Wachstumskonkurrenz in sich das Element einer Bedrohung, da sie immer ein zumindest potentieller Rüstungswettlauf ist. Da nun die Wachstumskonkurrenz einen Systemkonflikt enthält, wird sie faktisch zum Rüstungswettlauf und ist praktisch davon gar nicht zu trennen. Die Wirtschaft muß wachsen, um dem Rüstungswettlauf standzuhalten. Auf der anderen Seite aber wird der Rüstungswettlauf selbst zu einem integrierenden Element der Wachstumspolitik. Letzteres aus dem Grunde, daß die Rüstungsnachfrage diejenige Nachfrage ist, die auf direkteste Weise die Wirtschaft dynamisiert, da sie direkte Nachfrage nach Produkten der technologisch dynamischsten Produktionssektoren ist. Die zivile - die zivilisierte - Nachfrage richtet sich auf indirekte Weise auf diese Produktionssektoren, die ja die Produzenten von Produktionsmitteln und nicht von zivilen Endgütern sind. Dieses dynamisierende Element der Rüstungsnachfrage kann man nicht auf das Profitinteresse der Rüstungsindustrie zurückführen. Es kann daher erklären, warum auch in sozialistischen Ländern die Wachstumskonkurrenz aus immanenten Gründen eine hohe Rüstungsausgabe sollicitiert.

Wachstumsdenken muß Umwelt zerstören

Wachstumskonkurrenz impliziert Wachstumsmaximierung. Dies führt dann zum Problem der Umweltzerstörung. Denn diese mit dem Rüstungswettlauf kombinierte Wachstumspolitik operiert ja mit einem relativ kurzen Zeithorizont, der sich in Jahren, nicht einmal in Jahrzehnten mißt. Bei einem solch kurzen Zeithorizont erscheint die Möglichkeit der Umweltzerstörung als Wachstumsvorteil, damit aber als Rüstungsvorteil, und damit als Machtfaktor, hingegen die Weigerung gegenüber der Umweltzerstörung als Egoismus oder Blindheit für die Wirklichkeit. Da aber diese Wachstums- und Rüstungskonkurrenz in Wirklichkeit ein langfristiger Prozeß ist - dessen Teilnehmer einen kurzfristigen Zeithorizont haben - führt er zu einer langfristigen Umweltzerstörung, gegen die sich aus der Logik der Wachstumskonkurrenz kein Widerstand ergibt. Der Widerstand ist daher nur gegen die Logik der Wachstumskonkurrenz möglich. Diese Verquickung von Umweltzerstörung und Rüstungswettlauf innerhalb der Wachstumskonkurrenz der Systeme führt dann zu der gegenwärtigen Tendenz, in der das Verhältnis von ziviler und Rüstungsproduktion sich umkehrt und die zivile Produktion als eine Art indirekter Kosten der Rüstungsproduktion als Zentrum der Wachstumskonkurrenz erscheinen. Die Rüstungsproduktion limitiert nicht mehr die zivile Produktion, als Sinn des Produktionsprozesses, sondern die Notwendigkeit ziviler Produktion limitiert die Rüstungsproduktion, die der Kern und Sinn des Produktionsprozesses wird. Es beginnt das Todeskarussell, das zum Inhalt der Politik der Reagan-Administration geworden ist. Statt leben können, rüsten können.

Darin festgehalten die Entwicklungspolitik

Diese Wachstumskonkurrenz der Systeme prägt dann natürlich die Entwicklungspolitik und dadurch die ganze Welt. Da die Teilnahme an der kombinierten Wachstums- und Rüstungskonkurrenz ein hohes technologisches Niveau voraussetzt, das unterentwickelte

Länder nicht haben und auf lange Frist nicht haben werden, sind die potentiellen Wachstumsraten der unterentwickelten Länder für diese Wachstumskonkurrenz völlig irrelevant. Der Zugang zu diesen Ländern - der praktisch durch die kapitalistischen Ländern monopolisiert ist, ist daher insbesondere wichtig für die Rohstoffversorgung und die Verlagerung industrieller Zwischenstufen zur Ausnutzung des niedrigen Lebensstandards unterentwickelter Länder mittels entsprechend niedriger Löhne. Insbesondere seit dem letzten Jahrzehnt wurden die unterentwickelten Länder wieder immer mehr auf diese Funktion reduziert. Sie werden damit zu Reservoiren für wachstumsichtige Naturfaktoren für das Wachstum der zentralen kapitalistischen Länder. Während die Entwicklungsideologie der 50er und 60er Jahre industrialistisch war, wurde die Entwicklungsideologie der 70er Jahre antiindustrialistisch und richtet sich heute mit großer Ausschließlichkeit auf Rohstoffgewinnung, intensive Landwirtschaft und Verlagerung industrieller Zwischenstufen. Dies führt zu einer immer stärkeren Akzentuierung der Arbeitslosigkeit und der Verelendung in der 3. Welt.

Auf diesem Weg Ziel nie erreichbar

Auf der anderen Seite führt die Konzentration des Wirtschaftswachstums und der technologischen Entwicklung auf die zentralen Ländern zur Ausprägung eines Zivilisationsmodells, das immer weniger universalisierbar ist. Dieses Zivilisationsmodell beruht auf Technologien, die angesichts der vorhandenen Naturfaktoren gar nicht über die ganze Welt ausdehnbar sind. Die Wachstumskonzentration auf die entwickelten Länder führt zu einem Zivilisationsmodell in diesen Ländern, das die weitere Konzentration des Wachstums in diesen Ländern voraussetzt. Der Zugang zu den Naturfaktoren der ganzen Welt ist zur Voraussetzung der Weiterexistenz des herrschenden Zivilisationsmodells in einem kleinen Teil der Welt geworden. Angesichts der prinzipiellen Beschränktheit der Naturfaktoren führt dies zur Unmöglichkeit, das herrschende Zivilisationsmodell über die ganze Welt auszulehnen. Folglich ist es nicht universalisierbar. Da aber die herrschende Entwicklungspolitik sich am herrschenden Zivilisationsmodell ausrichtet, führt sie zu Entwicklungsanstrengungen, die nie ihr Ziel erreichen können.

V. ZUR ÜBERWINDUNG DER WIDERSPRÜCHE

Wir haben jetzt einen bestimmten Zusammenhang aufgezeigt zwischen Wachstumskonkurrenz, Rüstung, Umweltzerstörung und Entwicklungspolitik. Wachstumsmaximierung ist unvermeidlich immer auch Maximierung von Rüstungspotentialen und tendiert daher zum Rüstungswettlauf, der seinerseits ein zentrales Element der Wachstumsmaximierung selbst wird. Auf kurze oder mittlere Frist bietet die Umweltzerstörung immer Wachstumsvorteile und daher Vorteile in bezug auf die Rüstungspotentiale. Die Wachstumsmaximierung tendiert folglich zur Umweltzerstörung, die zwar langfristig die Grenze der Wachstumsmaximierung bestimmt, diese aber auf kurze und mittlere Fristen nicht behindert. Gleichzeitig führt die Wachstumsmaximierung zur Wachstumskonzentrierung auf bestimmte minoritäre Weltregionen, für die das autonome Wirtschaftswachstum anderer, nämlich unterentwickelter Weltregionen zum Hindernis der eigenen Wachstumsmaximierung wird. Tendenziell werden diese unterentwickelten Regionen daher zu Objekten der Wachstumsmaximierung der entwickelten Weltregionen, die unter sich die Wachstumskonkurrenz austragen. Als Folge entsteht in den zentralen und entwickelten Weltregionen ein bestimmendes Zivilisationsmodell, das nicht universalisierbar ist.

Wachstumsabrüstung

Aus dieser Analyse des Zusammenhangs zwischen Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik ergibt sich - wenn wir den Hintergrund der Beschäftigungs- und Einkommenspolitik in Betracht ziehen - die Richtung, in der eine Lösung zu suchen wäre. Die

vielen Einzelmaßnahmen und Aktionen für den Frieden, den Umweltschutz und die Entwicklung können nur einen strategischen Rahmen und daher eine realistischen Perspektive haben, wenn sie auf eine bewußte Wachstumspolitik - und das heißt für die entwickelten Ländern insbesondere, eine Wachstumsbeschränkung zum Ziel zu haben. Man kann aber realistischere keine Politik der Wachstumsbegrenzung oder der Wachstumsabrüstung durchsetzen, wenn man nicht eine Beschäftigungs- und Einkommenspolitik durchsetzt, die unabhängig ist von der Wachstumsmaximierung. Dies aber ist deshalb möglich, weil ja tatsächlich Vollbeschäftigung und Einkommensverteilung ein Ergebnis der Produktionsverhältnisse und des damit verbundenen Entscheidungssystems sind, und die These ihrer Abhängigkeit von der Wachstumsmaximierung und der Kapitalakkumulation eine Illusion ist.

Verändertes Entscheidungssystem - andere Produktionsverhältnisse

Die Perspektive der Einzelmaßnahmen einer Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik muß daher eine Gesellschaft sein, die ein Entscheidungssystem und dazugehörige Produktionsverhältnisse hat, die auch die Maßnahmen zur Lösung derartiger Probleme effektiv durchsetzen können. Innerhalb von kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist das gar nicht möglich, sodaß die Perspektive dieser Politik antikapitalistisch ist. In der Wurzel des Problems wird dann der kapitalistische Charakter des Gesellschaftssystems sichtbar, der durch ein Entscheidungssystem gekennzeichnet ist, das durch das Gewinnkriterium und folglich durch die sogenannten Marktgesetze gekennzeichnet ist. Man muß es überwinden durch ein Entscheidungssystem, das effektiv fähig ist, über die Wachstumsraten der Wirtschaft zu entscheiden und dabei Vollbeschäftigung und adäquate Einkommensverteilung sichern kann. Dies ist ohne eine Globalplanung der Wirtschaft überhaupt nicht möglich. Diese kann nicht indikative Planung sein. Eine indikative Planung ist eine Planung, die das Gewinnkriterium als Konstituens des Entscheidungssystems respektiert und die folglich den gleichen Grenzen unterliegt wie dieses Entscheidungssystem selbst. Sie muß eine obligatorische Planung sein, die eben soweit durchzusetzen ist, wie die Notwendigkeit der Vollbeschäftigung es erfordert. Es geht nicht darum, soviel zu planen wie möglich, sondern soviel wie nötig. Wieviel Planung nötig ist, leitet sich aus Vollbeschäftigung und Einkommensverteilung ab, und erst auf dieser ihrer materiellen Basis können andere Planungsziele - Umweltschutz, Industrialisierung - beurteilt werden. Die materielle Basis ist folglich nicht das Wachstum der Produktivkräfte, sondern Vollbeschäftigung und adäquate Einkommensverteilung. Denn nur wenn man diese Ziele durchsetzt, hat man die realistische Flexibilität, um die weiteren Probleme der Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik wirklich lösen zu können.

Globale Planung und öffentliches Eigentum

Eine solche Globalplanung setzt natürlich ebenfalls ein entsprechend entwickeltes öffentliches Eigentum voraus. Aber es handelt sich nicht darum, soviel öffentliches Eigentum zu haben wie möglich, sondern soviel wie nötig. Das Kriterium des Nötigen ist wiederum die an Vollbeschäftigung und adäquater Einkommensverteilung ausgerichtete und folglich in ihrem Grade der Notwendigkeit bestimmte Globalplanung. Je nach der Möglichkeit der Sicherung von Vollbeschäftigung und adäquater Einkommensverteilung kann daher - in Abhängigkeit von den jeweiligen konkreten Situationen - der Grad der Globalplanung und des öffentlichen Eigentums verschieden sein, sodaß man hierüber keine Aussagen a priori machen kann. Eine solche Globalplanung ist sicher nicht automatisch die Lösung der analysierten Wachstumswidersprüche. Sie ist aber ohne Zweifel die Bedingung, ohne die diese Widersprüche nicht lösbar sind.

Beide Systeme müssen von Wachstumsmaximierung wegkommen

Das Problem erscheint dann - obwohl es in den verschiedenen konkurrierenden Systemen existiert - nur von einer Veränderung des kapitalistischen Systems im Sinne einer größeren Flexibilität in bezug auf Beschäftigung und Einkommensverteilung her lösbar zu sein. Von den sozialistischen Ländern her ist es kaum lösbar, da diese nicht nur aus Macht- sondern aus ganz elementaren Sicherheitsgründen zur Wachstumskonkurrenz gezwungen sind. Es kann nicht einfach eine Seite ohne Rücksicht auf die andere mit dieser Konkurrenz aufhören, ohne sich selbst aufzugeben. Damit aber beide Seiten diese Konkurrenz vermindern können, müssen sie eben die Beschäftigungs- und Einkommenspolitik von der Wachstumsmaximierung unabhängig machen. Diese aber ist gerade das Problem der kapitalistischen Länder, sodaß nur von diesen Ländern her der gegenseitige Wachstumsstopp, in dem sich die Systeme befinden, aufgehoben werden kann.

VI. DIE VORSTELLUNG VOM MENSCHEN UND VON DER GESELLSCHAFT

Die vorgehende Analyse setzt eine Vorstellung vom Menschen voraus, die diesen als Subjekt konkreter Lebensrechte auffaßt. Eine solche Vorstellung von konkreten Rechten des Menschen geht wesentlich von der menschlichen Arbeit innerhalb der sozialen Arbeitsteilung aus, und spricht dem menschlichen - arbeitenden - Subjekt bestimmte Lebensrechte - Grundrechte - konkreter Art zu, die die gesamte Gesellschaft prägen müssen, damit sie wirklich die Gesellschaft freier Menschen sein kann.

Ausgangspunkt: Recht auf sicheren Arbeitsplatz

Dabei ist die Basis aller konkreten Lebensrechte das Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz. Ausgehend von diesem Arbeitsrecht müssen sich daran anschließende Lebensrechte ergeben, und zwar insbesondere:

- a. Die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse, ausgehend von den materiellen Grundbedürfnissen bis hin zu den kulturellen und spirituellen Bedürfnissen, innerhalb des Rahmens des Volkseinkommens,
- b. die Beteiligung am sozialen Leben innerhalb des Rahmens, in dem die Globalplanung Arbeitsplatz und adäquate Einkommensverteilung sichert,
- c. das soziale Leben so zu ordnen, daß die Umwelt als seine natürliche Basis erhalten bleibt.

Diese konkreten Grundrechte sind allesamt gleichzeitig soziale Rechte und bestimmen den Rahmen, innerhalb dessen die Gesellschaft nur geordnet werden kann. Es geht um eine soziale Ordnung, aber um eine solche, die die materielle Existenz dieser Ordnung selbst nicht zerstört, ohne die eben keine einzige soziale Ordnung überleben kann. Diese konkreten Lebensrechte müssen daher den Rahmen der Geltung aller darüber hinausgehenden Menschenrechte bestimmen.

Sozialisierung der Produktionsmittel

Wollen wir dieser Sicherung der konkreten Lebensrechte des Menschen durch die Gesellschaft einen Namen geben, so kann dies nur Sozialisierung der Produktionsmittel sein. Die Sozialisierung mißt sich also an den angeführten Lebensrechten und nicht etwa am Grad der Nationalisierung der Produktionsmittel oder am Grad der Wirtschaftsplanung. Es muß genau umgekehrt sein, Der Grad, in dem Produktionsmittel in öffentliches Eigentum überführt werden müssen, und in dem die Wirtschaftsvorgänge geplant werden müssen, mißt sich an der Notwendigkeit der Sozialisierung der Produktionsmittel, die in der Sicherung der konkreten Lebensrechte besteht. Eine solche Begriffsbildung ist nötig, um aprioristische Lösungen in bezug auf die Eigentumsordnung und auf die Wirtschaftsplanung hin zu vermeiden.

Nun ist der Gegenpol zur Sozialisierung die Ausbeutung, und folglich ergibt sich der hier benutzte Begriff der Ausbeutung als Gegenbegriff zur Sozialisierung der Produktionsmittel.

Neuer Ausbeutungsbegriff

Dieser Ausbeutungsbegriff ist verschieden von demjenigen, den wir den orthodoxen nennen können. Der orthodoxe Ausbeutungsbegriff stellt Einzelkapital und Arbeiter gegenüber und leitet die Ausbeutung aus der durch das Kapital angeeigneten Quote des produzierten Wertes, d.h. der Mehrwertquote ab. Ein solch partikulärer Ausbeutungsbegriff kann nicht einmal den Arbeitslosen als Ausgebeuteten begreifen, da der Arbeitslose ja gar keinen Wert produziert und ihm folglich auch kein Mehrwert entzogen wird. Von dem hier benutzten Sozialisierungsbegriff aus kommt man auf einen Ausbeutungsbegriff, der das Gesamtkapital und die Menschheit gegenüberstellt, wobei die Akkumulation des Kapitals eine Akkumulation auf Weltsebene ist. Das Kapital als Subjekt - oder Quasisubjekt - der Akkumulation lebt von der Ausbeutung der Menschheit, aber dieses Kapital braucht die Menschheit zu seiner Akkumulation eben nur teilweise. Ein großer Teil, der zur Zeit sogar anwächst, ist überflüssig und verelendet. Dieser Teil ist daher gerade der am schlimmsten Ausgebeutete. Die Ausbeutung hingegen, wie sie im orthodoxen Verständnis interpretiert wird, ist nur ein bestimmter Teil dieser generellen Ausbeutungssituation der Menschheit durch das Kapital.

Befreiung vom Kapital

Diese Zugehörigkeit der Menschheit zum Kapital, dieses ihr Zudienstensein dem Kapital gegenüber, ist das Zentrum aller bürgerlichen Ideologie. Die Betonung der konkreten Lebensrechte des Menschen mündet daher in eine Kritik dieser bürgerlichen Ideologie ein. Denn diese bürgerliche Ideologie feiert ja gerade das Kapital - oder, häufiger: den Markt als den großen Lebensspender. Sie geht von dieser Zugehörigkeit der Menschheit zum Kapital einfach aus, ohne sie zu begründen, und stellt dann fest, daß letztlich das Kapital der wahre Lebensspender ist. Das Kapital scheint das umso mehr zu sein, je totaler es sich ausleben kann, daher erklärt sich auch die jetzt immer mehr sich ausbreitende Lehre vom totalen Markt. Das Kapital gibt Arbeit, das Kapital ermöglicht die Entwicklung, ohne Kapital kann man nichts machen. Kapital wird zur wahren Quelle aller Menschlichkeit, denn es ist gleichzeitig die Freiheit. Wo das Kapital aber keine Arbeit gibt und wo es keine Entwicklung ermöglicht, da herrscht eben Kapitalmangel, sodaß man den Akkumulationsprozeß des Kapitals fördern muß, um leben zu können. Es gibt dann eben kein Leben ohne diese Grundzugehörigkeit zum Kapital. Die Grundaufgabe des Menschen ist daher, das Vertrauen des Kapitals zu erhalten. Denn verliert das Kapital sein Vertrauen, dann flüchtet es. Man muß dann die Wirtschaft reorganisieren zum totalen Markt hin, damit das Kapital sein Vertrauen wiedergewinnt und zurückkommt. In der Sicht der bürgerlichen Ideologie ist gerade diese Ausbeutungssituation, in der tatsächlich niemand leben kann, es sei denn durch das Kapital, die Garantie des Lebens, und wird heute wieder in völlig radikaler und nackter Form durch Ideologen vertreten, die sich hauptsächlich durch die Schule von Chicago inspirieren. Dieser illusionären Lebensideologie, die in Wirklichkeit eine Todesideologie ist, muß man die Rechte des konkreten Lebens gegenüberstellen. Die Logik des Kapitals ist der Tod, und die Mystik des Kapitals ist Todesmystik. Die Logik des totalen Marktes ist die gleiche Todesmystik, die vorher die Logik des totalen Staats war. Dagegen kann man das Leben nur durchsetzen, indem man es von seiner materiellen Basis her erfaßt: den konkreten Lebensrechten des menschlichen Subjekts□